

Zur Lage der westdeutschen Sicherheitspolitik

Dr. Rolf Wortmann, geb. 1949 in Nemden (Kreis Osnabrück), Lehre als Versicherungskaufmann, Studium der Soziologie, Volkswirtschaft und Philosophie in Osnabrück, wissenschaftlicher Mitarbeiter für Politikwissenschaft an der Universität Osnabrück, zur Zeit Stellenvertretung für Politikwissenschaft, mehrere Veröffentlichungen zur Außen- und Sicherheitspolitik, zuletzt „Frieden oder Sicherheit. Die Krise der westdeutschen Sicherheitspolitik“, Opladen 1988.

Ausgerechnet ein sowjetischer Staats- und Parteichef wird in der Bundesrepublik mit einer Begeisterung empfangen, die einem amerikanischen Präsidenten seit Kennedy nicht mehr zuteil wurde. Michail Gorbatschow, eine Art Kennedy des Ostens, beginnt ein von Kreml-Experten für unreformierbar gehaltenes System so zu verändern, daß das dichotomische Weltbild vom freien Westen und von der östlichen Diktatur zerbricht. Begleitet von glaubhaften Abrüstungsinitiativen nimmt er der westdeutschen Bevölkerung die Bedrohungsängste. Mit dem Washingtoner Mittelstrecken-Abkommen vom Dezember 1987 wird erstmals eine ganze Kategorie hochmoderner Waffen mit bis dahin unvorstellbaren Verifikationsbedingungen verschrottet. Militärs beider Blöcke besuchen sich und schauen in die streng gehüteten Geheimkammern ihrer Waffenarsenale. Wer das vor zehn Jahren auch nur für denkbar gehalten hätte, wäre für verrückt erklärt worden.

Wo zu Beginn der achtziger Jahre noch Kriegsängste und die Nachrüstungs-Debatte Millionen auf die Straße trieben, die Zukunft als neue Eiszeit und neuer Kalter Krieg beschrieben wurde, wird heute allerorten über das Ende der Nachkriegsära und eine Überwindung der Teilung Europas optimistisch

spekuliert. Verständlich ist es, wenn die NATO, die USA und die Bundesregierung diesen Klimawechsel als Resultat ihrer Politik erscheinen lassen möchten. Doch weder die Pershing noch die „Politik der Stärke“ und die „Geschlossenheit des Bündnisses“ haben die politische Wende ausgelöst. Der unbeweglichste Großtanker der Weltpolitik, die UdSSR, hat die erstarrten Fronten des Ost-West-Verhältnisses aufgebrochen und trifft nun auf einen verunsicherten und in die Defensive geratenen Westen.

Zwar darf sich die Bundesrepublik einer erheblichen Aufwertung im Ost-West-Verhältnis erfreuen, seit der amerikanische Präsident George Bush sie zum „Partner in der Führung“ erhob und Michail Gorbatschow ihr eine „Schlüsselrolle im Ost-West-Verhältnis“ zuwies, aber damit ist auch zugleich ein Zielkonflikt westdeutscher Sicherheitspolitik fortgeschrieben. In der Frage, wieviel Entspannung mit dem Osten sich mit wieviel Bündnistreue verträgt, hat die Bundesregierung bislang keine Antwort gefunden. Welche Konflikte sich der Bundesregierung stellen, soll im folgenden skizziert werden.

Die sowjetische Herausforderung neuer Art

Nach George B. Shaw gibt es zwei große Enttäuschungen im Leben: die eine ist, daß das nicht eintritt, was man sich sehnlichst wünscht und die andere, daß es eintritt. Der Westen hat immer wieder politische Reformen im Osten als eine zentrale Voraussetzung für eine dauerhafte europäische Friedensordnung eingeklagt. Nun erfolgen sie in atemberaubendem Tempo, aber vor allem konservative Politiker und Kommentatoren erwecken den Eindruck, sie befürchteten nichts mehr als einen Erfolg der Reformer im Osten. Die Mahnung zu westlicher Vorsicht resultiert zum einen aus der Möglichkeit eines Scheiterns des Reformprozesses, zum anderen aus der Einschätzung, Michail Gorbatschows Außen- und Sicherheitspolitik verfolge alte Ziele mit neuen Mitteln. Die UdSSR benötige - so wird argumentiert - lediglich eine Atempause. Die desolaten ökonomischen Lage erfordere eine vorübergehende Reduzierung des weltweiten militärischen und politischen Engagements. Nun wäre es sicherlich falsch, die ökonomischen Zwänge und Schwächen der UdSSR zu unterschätzen, die eine „militärische Weltmacht auf tönernen Füßen“ an objektive Grenzen stoßen läßt. Bei beiden Weltmächten gibt es strukturelle Rahmenbedingungen für Abrüstungsinteressen, denn auch in den USA erreichen die Militärausgaben die Grenzen der Belastbarkeit der amerikanischen Wirtschaft.

Eine auf die ökonomischen Motive reduzierte Erklärung der unter Generalsekretär Michail Gorbatschow eingeleiteten Außen- und Sicherheitspolitik läuft Gefahr, den Blick für die fundamentalen Veränderungen zu verstellen. In mindestens vier Bereichen ist ein radikaler Kurswechsel registrierbar: 1. Spätestens mit der Bukarester Erklärung vom Juli 1989 ist die sogenannte Breshnew-Doktrin von der begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten offiziell annulliert. Aufgegeben wurde der Absolutheitsanspruch des sowjetischen Sozialismusmodells zugunsten eines Pluralismus.

2. An die Stelle des die internationale Politik bestimmenden Systemkonfliktes und des „internationalen Klassenkampfes“ tritt die Betonung allgemeiner Menschheitsinteressen, die es zu lösen gelte.
3. Die Vereinigten Staaten bleiben der wichtigste Kontrahent bei Abrüstungsfragen und ein bedeutender Bezugspunkt sowjetischer Außenpolitik, aber die ausschließliche Fixierung auf die USA und die Ambitionen, als weltweit agierende Gegenmacht zu den USA zu fungieren, weichen zugunsten kooperativer Sicherheitslösungen, vor allem mit den benachbarten Regionen. Das bezieht sich neben dem asiatischen insbesondere auf den europäischen Raum.
4. Erstrebte die UdSSR bislang ihre Sicherheit mit Aufrüstung gegen ihre potentiellen Gegner und produzierte damit zugleich deren Unsicherheit, so werden die Sicherheitsinteressen der Nachbarn heute mit ins Kalkül gezogen. Dazu gehören die zuvor immer abgelehnten einseitigen Abrüstungsvorleistungen, die westlichen Konzeptionen des Gradualismus nahe kommen, sowie die Bereitschaft, die eigene Militärstrategie und die Offensivfähigkeit des Potentials zur Disposition zu stellen.

Michail Gorbatschow überraschte den Westen in den vergangenen vier Jahren mit einer Reihe von Abrüstungsinitiativen und weitreichenden Zugeständnissen gegenüber westlichen Positionen. Er hat das bis dahin vertraute Bild umgekehrt. Die NATO geriet in die Defensive und fand keine überzeugende Antwort.

Die Frage ist, ob sich diese Lage verändert hat und wo die Probleme der NATO liegen. Ein erster Blick auf die militärische Seite der Sicherheitspolitik ist auch deshalb sinnvoll, weil die allseits proklamierte Überwindung der Teilung Europas nicht unwesentlich von einem Abbau der militärischen Konfrontation abhängt. Die Auflösung der Militärblöcke kann und wird nicht am Anfang einer Neuordnung Europas stehen (dies ist der Denkfehler der GRÜNEN), sondern am Ende eines längeren Prozesses. Eine Überwindung der Blöcke mit den Blöcken ist aber nur möglich, wenn sie paradoxerweise selbst ihre militärische Funktion durch eine Entmilitarisierung des Ost-West-Verhältnisses aufheben. Ein weitreichender Abbau der militärischen Arsenale kann als eine notwendige Bedingung für eine Neuordnung Europas gewertet werden, hinreichend ist sie noch nicht. Aber um diese Bedingung überhaupt erfüllen zu können, ist der politische Wille entscheidend, denn nur er kann die militärische Eigenlogik des bisherigen Aufrüstungsprozesses durchbrechen.

Entspannung ohne Abrüstung

Willy Brandts Ostpolitik schuf mit der Anerkennung des territorialen Status quo in Europa die Voraussetzungen für die erste Phase der Entspannung. Aber dieser fehlte die militärische Ergänzung. Trotz erheblicher politischer Fortschritte konnte der Aufrüstungsprozeß nicht gestoppt werden. Rüstungskontrollabkommen zwischen den Supermächten blieben vor allem gegen den qualitativen Rüstungswettlauf wirkungslos und für Europa folgenlos. Da das

militärische Gleichgewicht und eine wirksame Abschreckung als Basis einer Entspannung definiert wurden, war der Konflikt zwischen beiden Elementen der Sicherheit vorprogrammiert. Die politische Entspannung konnte den Rüstungswettlauf, der sich aus den militärischen Gleichgewichtserfordernissen der jeweiligen Militärstrategien ableitete, nicht unter Kontrolle bringen und geriet damit immer mehr unter die Räder der militärischen Logik. Der Kulminationspunkt dieser Entwicklung war der NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979.

Zu Beginn der achtziger Jahre hat die SPD aus den Erfahrungen der siebziger Jahre und mit dem Doppelbeschluss die Konsequenzen gezogen und eine neue sicherheitspolitische Leitidee entwickelt. Sie geht von der Voraussetzung aus, daß Sicherheit im Kernwaffenzeitalter nicht mehr gegen-, sondern nur noch miteinander zu gewinnen ist. Demgemäß sollen Militärstrategien und Waffenpotentiale so strukturiert werden, daß auf beiden Seiten die Fähigkeit zum Angriff ausgeschlossen ist. Erst mit dieser neuen Sicherheitsphilosophie, die an die Stelle der Abschreckungsdoktrin treten soll, ist militärische Abrüstung und eine Entmilitarisierung des Ost-West-Verhältnisses möglich.

Überraschenderweise haben sich in der Berliner Erklärung¹ vom Mai 1987 die Staaten des Warschauer Vertrages (WVO) in der Tendenz zu den Grundgedanken der „Gemeinsamen Sicherheit“ und einer Nichtangriffsfähigkeit bekannt und ihre Bereitschaft erklärt, über Militärstrategien und den Abbau von Offensivkapazitäten zu sprechen. Wo hier erstaunliche Veränderungen zu registrieren sind, reproduziert die NATO zur Zeit im wesentlichen ihre alten Vorstellungen. Die damit verbundenen allianzinternen Probleme und Folgen für die militärische Entspannung in Europa lassen sich an der Diskussion über die doppelte Null-Lösung, der LANCE-Stationierung und der Erklärung des Brüsseler NATO-Gipfels vom Mai dieses Jahres zeigen.

Die transatlantischen Kontroversen im Vorfeld des Washingtoner Mittelstreckenabkommens sind zwar schon fast vergessen, aber für die militärischen Interessenkonflikte symptomatisch.

Wieviele Null-Lösungen kann die NATO verkraften?

Durch den Druck der öffentlichen Meinung ist im November 1981 die Null-Lösung, das heißt der Verzicht auf amerikanische bodengestützte Mittelstreckensysteme in und für Europa bei völligem Verzicht der UdSSR auf sämtliche Nuklearpotentiale im Mittelstreckenbereich, von Präsident Reagan zum Verhandlungsziel der NATO erhoben worden. Dieses Verhandlungsziel machte, wie Robert Held am 20.2.1986 in der FAZ feststellte, nur solange Sinn, wie der Westen sicher sein konnte, daß die UdSSR darauf nicht eingehen würde. Unsinnig war die Null-Lösung für jene westdeutschen Militär Strategen und

¹ Text der Erklärung in: „Neues Deutschland“ v. 30./31. Mai 1987 sowie der Kommentar von Andrej A. Kokoschin, Militärpolitische Aspekte der Sicherheit in den Ost-West-Beziehungen, in: Hanns. D. Jacobsen, Heinrich Machowsky, Dirk Sager (Hrsg.), Perspektiven für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Baden-Baden 1988, S. 214-228.

Politiker, die in den amerikanischen Mittelstreckensystemen ein sogar unabhängig von der Existenz der sowjetischen SS-20 notwendiges Element zur Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie der flexiblen Antwort sahen. Sie glaubten, mit diesen „eurostrategischen“ Waffen die durch die strategische Parität zwischen den Supermächten brüchig gewordene Ankoppelung an den amerikanischen Nuklearschirm sicherstellen zu können. Dieser Glaube an einen „Ankoppelungseffekt“ stand auf ebenso spekulativen Füßen wie die umgekehrte Befürchtung der Kritiker, die bodengestützten Mittelstreckensysteme der USA in Westeuropa sicherten den USA die Option eines auf Europa begrenzten Nuklearkrieges.²

Soweit aus amerikanischer Sicht für das Beharren auf einer Stationierung der Mittelstreckensysteme überhaupt militärstrategische Erwägungen entscheidend waren, dürfte es die ebenfalls mögliche Abkoppelungswirkung gewesen sein. Sicher scheint lediglich, daß der militärische Nutzen von den Westeuropäern höher als von den Amerikanern eingeschätzt wurde. Vieles spricht dafür, daß die Stationierung für die USA vor allem politisch motiviert war. Anders ist auch kaum erklärbar, warum Ronald Reagan so schnell bereit war, sich mit Michail Gorbatschow in diesem Punkt zu einigen.

Als sich dann bei dem zweiten Gipfeltreffen im Oktober 1986 in Reykjavik beide im Prinzip über eine europäische Null-Lösung verständigt hatten (ein Abkommen scheiterte zunächst daran, daß die UdSSR es von Zugeständnissen bei SDI abhängig machte), brach im konservativen Lager der Bundesrepublik Panik aus. Der amerikanische Präsident hatte nicht nur über die Köpfe der Europäer hinweg in einer elementaren Sicherheitsfrage entschieden, sondern gemäß ihrer militärischen Logik war nun die Substanz westdeutscher Sicherheit, die Ankoppelung an die USA, zerstört.

Während Außenminister Hans-Dietrich Genscher ebenso wie die Opposition eine Null-Lösung begrüßte, versuchten Teile der CDU/CSU ein Mittelstreckenabkommen mit zusätzlichen Forderungen zu belasten und sogar zu sabotieren. Aber damit gerieten sie nur in ein weiteres Dilemma. Die Null-Lösung war von der Regierung Kohl/Genscher nach der Wende übernommen worden und konnte nun umso weniger in Frage gestellt werden als die UdSSR weitere Zugeständnisse wie die Ausklammerung der britischen und französischen Nuklearwaffen machte. Außerdem mußte die Sowjetunion das Dreifache an Nuklearwaffen verschrotten.

Das mit der doppelten Null-Lösung im Mittelstreckenbereich wieder deutlicher werdende Verteidigungsdilemma brachte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger am 7. Mai 1987 auf die griffige Formel: „Je kürzer die Reichweiten, desto deutscher die Zerstörung“.³ Erstaunlich ist an dieser faktisch richtigen Formel lediglich, daß die Union diesem längst existierenden Problem erst jetzt die ihm zukommende Bedeutung beimaß. Als Ausweg blieb

² Vgl. dazu ausführlicher Rolf Wortmann, *Frieden oder Sicherheit? Die Krise der westdeutschen Sicherheitspolitik*, Opladen 1988.

³ Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11710 v. 7.5.1987, 538 C.

lediglich, entweder die selbst erkannte „Germanisierung“ des Risikos hinzunehmen, einen Ersatz für die Mittelstreckensysteme zu finden oder die dritte Null-Lösung beziehungsweise die komplette Denuklearisierung Mitteleuropas zu fordern.

Mit der parallel zu den Mittelstreckenverhandlungen von der NATO anvisierten „Modernisierung“ der Kurzstreckenrakete „LANCE“ begab sich die Bundesregierung in den nächsten Streit. Von „Modernisierung“ kann dabei nicht die Rede sein, denn mit der Erhöhung der Reichweite auf fast 500 Kilometer (also knapp unterhalb der im Washingtoner Abkommen erfaßten Reichweiten von 500 bis 5500 Kilometer) gewinnt sie eine strategisch andere Qualität für Schläge tief in den hinteren Raum der WVO. Ob mit diesem Waffentyp das Ankoppelungsproblem lösbar ist, bleibt allerdings noch zweifelhafter also bei den Mittelstreckensystemen.

Während der Bundesaußenminister mit der Forderung nach einem NATO-Gesamtkonzept für Abrüstung auf Zeit spielte und die Regierung eine Entscheidung auf 1992 verschieben wollte, verlangte die neue amerikanische Administration eine Entscheidung in diesem Jahr. Anders als Genscher, der wie die Opposition einer dritten Null-Lösung positiv gegenübersteht, geriet nun die Union in Bedrängnis. Eine Zustimmung und Demonstration der Bündnistreue hätte ihr innenpolitisch sehr geschadet, eine Ablehnung bedeutete einen Konflikt mit den USA.

Selbst die auf einem Kompromiß beruhende Forderung nach „baldigen“ Verhandlungen über Kurzstreckensysteme führte zu einer scharfen Auseinandersetzung mit den USA und Großbritannien, was sogar ein Scheitern des Jubiläumsgipfels nicht ausschloß.

Der Brüsseler NATO-Gipfel: Abschreckung statt gemeinsame Sicherheit

Die NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel vom 29. und 30. Mai 1989⁴ ist in der Öffentlichkeit überwiegend als großer Erfolg der Bundesregierung und der NATO gewertet worden. Atmosphärisch soll durch die Initiative des amerikanischen Präsidenten der Westen abrüstungspolitisch wieder die Offensive zurückgewonnen haben, und schließlich war es angesichts der vorhergehenden öffentlich ausgetragenen Differenzen schon ein Erfolg, daß überhaupt ein gemeinsames Kommuniqué zustande kam. Darüber hinaus sind die Resultate aber eher mager.

Die von Präsident George Bush vorgeschlagene Einbeziehung der Hubschrauber und landgestützten Kampfflugzeuge in die „Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa“ kommt zwar einer sowjetischen Forderung entgegen, kann aber wohl kaum als Indiz dafür gewertet werden, daß der amerikanische Präsident die Initiative für den Westen zurückerobert hat. Das gilt auch für seinen Vorschlag, die Kampftruppen der US-Stationierungskräfte

⁴ Amtlicher Wortlaut des Textes in: Bulletin. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Nr. 53, Bonn den 31. Mai 1989, S. 465-469.

in Europa um zwanzig Prozent zu reduzieren und gemeinsame Obergrenzen für amerikanische und sowjetische Truppen von 275000 Mann in Europa festzulegen. Dieser Vorschlag bedeutet zunächst einmal eine Verringerung der sowjetischen Truppen in Osteuropa um 325000 Mann und geht damit über die von Michail Gorbatschow einseitig in Aussicht gestellten Vorleistungen hinaus. Bestenfalls konnte der amerikanische Präsident der Öffentlichkeit damit signalisieren, daß auch der Westen zur Abrüstung bereit ist.

Stabilität, Gleichgewicht, Festlegung von quantitativen Obergrenzen, die zum Abbau von Asymmetrien - und das heißt überwiegend Reduzierung des WVO-Potentials - gedacht sind, und ein Festhalten an einer ausreichenden Verteidigungsfähigkeit auf der Basis der geltenden Strategie, das sind die zentralen Angebote der NATO für künftige Abrüstungsverhandlungen. Gemessen an der Idee einer beiderseitigen strukturellen Nichtangriffsfähigkeit, die Bundesaußenminister Genscher in seinen Reden stets propagiert und mit denen er derzeit innerhalb der NATO - wie übrigens auch in der Regierungskoalition - auf ziemlich verlorenem Posten steht, versprechen die Abrüstungsvorschläge im konventionellen Bereich nicht den erhofften Durchbruch.

Dagegen ließe sich zwar einwenden, solch weitreichende Verhandlungen wären zu langwierig. Andererseits ist aber nicht einsichtig, warum der Westen die Bereitschaft der WVO-Staaten zu einer umfassenden Verhandlung über die Militärstrategien nicht offensiver testet. Gerade wenn ein Scheitern des Reformprozesses in der UdSSR zu befürchten ist, wäre es umso notwendiger gewesen, die sich bietende Gelegenheit beim Schöpfe zu fassen: Große Chancen pflegen sich in der politischen Geschichte bekanntlich nicht zu wiederholen.

Zweifellos müßte für eine Verhandlung über die Militärstrategien auch die NATO ihre derzeit gültige Strategie der flexiblen Antwort zur Disposition stellen. In diesem Punkt hat der NATO-Gipfel genau das Gegenteil beschlossen. Das wird an zwei Stellen sehr deutlich. Die Bundesregierung hat es als großen Erfolg gewertet, daß 1992 „im Lichte der sicherheitspolitischen Gesamtentwicklung“ über „landgestützte nukleare Flugkörper kürzerer Reichweite“ und über die Einführung eines Nachfolgesystems LANCE Verhandlungen in Aussicht gestellt werden. Gemessen an der amerikanischen und britischen Forderung, darüber gar nicht zu verhandeln, ist der Kompromiß ein Erfolg. Dem folgt aber die Festlegung, daß bei den Kurzstreckensystemen nur eine „teilweise“ (dieses ist das einzige gesperrt gedruckte Wort in der Erklärung) Reduzierung in Betracht kommt. Damit ist eine dritte Null-Lösung definitiv ausgeschlossen. Da die CDU/CSU eine dritte Null-Lösung überwiegend ablehnt, sind hier Erfolg und Niederlage für die Bundesregierung geteilt.

Wie sehr die Beschlüsse des Jubiläumsgipfels als ein voller Erfolg für jene politischen Kräfte zu bewerten sind, die an der alten Strategie der Abschrek-

kung und der flexiblen Antwort festhalten und ein atomwaffenfreies Europa beziehungsweise Mitteleuropa befürchten, zeigt der zweite Punkt. In dem gleichzeitig auf dem Gipfel beschlossenen „Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung“⁵ wird nicht nur die geltende Strategie zur Grundlage der Abrüstung gemacht. Darüber hinaus erhalten die Kernwaffen in Europa eine veränderte Funktionsbestimmung. Sie werden jetzt als „substrategische“ Waffen bezeichnet und sind weder als Kompensation für eine konventionelle Überlegenheit noch als Gegengewichte zu ähnlichen Waffenkategorien der WVO-Staaten gedacht. Sie gelten als davon unabhängige Bestandteile einer Abschreckungsstrategie, die nur auf der Basis von Nuklearwaffen jegliche Form von Krieg zu verhindern vermag. Mit dieser vom gegnerischen Potential unabhängigen Funktionsbestimmung der in Europa stationierten amerikanischen Nuklearwaffen ist eine Denuklearisierung Europas ausgeschlossen.

Welchen Sinn macht es, die amerikanischen Nuklearwaffen in Mitteleuropa zum unverzichtbaren Bestandteil eines „Gesamtkonzeptes für Rüstungskontrolle und Abrüstung“ zu machen, wenn doch am Verhandlungstisch erreicht werden soll, daß die WVO-Staaten ihre vermeintliche Offensivfähigkeit verlieren und angesichts der Tatsache, daß die UdSSR ihre Bereitschaft zum Verzicht auf nukleare Kurzstreckensysteme mehrfach (zuletzt in der Rede Michail Gorbatschows vor dem Europarat im Juli 1989) erklärte? Es stellt sich die Frage, ob die westliche Furcht vor einer atomwaffenfreien Zone in Europa militärischen Erwägungen oder politischen Motiven entspringt?

Das Verteidigungsdilemma der NATO

Das militärische Problem der von Beginn an umstrittenen Strategie der flexiblen Antwort ist nicht neu. Für Charles de Gaulle war ihre offizielle Einführung als NATO-Strategie 1967 ein Grund für Frankreichs Ausscheren aus der militärischen Integration der NATO. Er sah darin die Rücknahme der amerikanischen Nukleargarantie für Westeuropa und eine Verlagerung des Kriegsrisikos auf den europäischen Kontinent. Der frühere amerikanische Außenminister Henry A. Kissinger erklärte 1979 in seiner berühmten Brüsseler Rede,⁶ die Westeuropäer sollten aufhören, von den USA Zusicherungen zu erwarten, die sie nicht einlösen könnten. Vereinfacht ausgedrückt versteckt sich in der Strategie der flexiblen Antwort ein - auch geographisch bedingter - Interessengegensatz: Die Westeuropäer wünschen im Ernstfall einen strategischen Schlagabtausch über ihre Köpfe hinweg, und die Amerikaner sind es ihrem eigenen Volk schuldig, einen Konflikt auf Europa begrenzt zu halten. Dieses Dilemma ist innerhalb der Strategie unlösbar. Eine amerikanische Nukleargarantie, das Rückgrat der Abschreckung, wäre nur glaubwürdig, wenn die USA eine strategische Überlegenheit zurückgewinnen. Wie aber der Rüstungswettlauf der letzten zwanzig Jahre zeigt,

⁵ Text wie unter 4, S. 4G9-476.

⁶ Henry A. Kissinger, Die Zukunft der NATO, in: ders., Die weltpolitische Lage. Reden und Aufsätze, München 1983, S. 195-212.

scheint dies nicht mehr möglich zu sein. Statt eine Überlegenheit hervorzu-
bringen, hat er das Abschreckungssystem nur instabiler gemacht.

In einem aufsehenerregenden hochkarätigen Expertenbericht über die
künftige amerikanische Strategie sind die Zweifel an einer Verkuppelung der
taktischen mit den strategischen Nuklearwaffen nicht nur genährt, sondern
unter der Bezeichnung „Differenzierte Abschreckung“ sogar zur Strategie
erhoben worden.⁷ Zwischen den in Westeuropa stationierten Nuklearwaffen
und dem strategischen Potential der USA wird eine „Brandmauer“ gezogen.
Zwar hat sich die amerikanische Regierung diesen Bericht nicht zu eigen
gemacht, aber das ist schon aus Gründen des Bündniszusammenhaltes poli-
tisch nicht möglich. Wenn also die offiziellen Versicherungen amerikanischer
Präsidenten, Amerikas Nukleargarantie stehe unzweifelhaft zur Verfügung,
faktisch nicht glaubwürdig sind, warum halten dennoch alle an dieser Lebens-
lüge der NATO fest? Die militärische Logik der flexiblen Antwort ergab sich
bisher aus dem militärischen Dispositiv der WVO-Staaten, genauer: der unter-
stellten konventionellen Überlegenheit. Geht man davon aus, daß die Wiener
Abrüstungsverhandlungen im konventionellen Bereich aus den genannten
Gründen zwar nicht den Durchbruch, aber wenigstens ein beiderseits akzep-
tiertes Gleichgewicht bringen, dann dürfte die bisherige Erklärung noch mehr
an Plausibilität einbüßen.

Die politischen Differenzen in der NATO

Die politischen Gründe sind vielfältiger und komplexer Natur. Sie ver-
weisen auf die deutsch-amerikanischen Differenzen zu Beginn der achtziger
Jahre. Ausgerechnet die sowjetische Intervention in Afghanistan löste eine
transatlantische Grundsatzdebatte über die Teilbarkeit oder Unteilbarkeit
der Entspannung aus. Für die USA war die Entspannung nun definitiv geschei-
tert, die Europäer in Ost und West wollten sie angesichts der Vorteile für sie
auf Europa begrenzt halten und koppelten sich somit tendenziell von den glo-
balen Konflikten der Supermächte ab.⁸ Strittig war nun nicht mehr allein die
erste Säule, die der militärischen Sicherheit, sondern auch die zweite der poli-
tischen Entspannung. Eine allzu entspannungsbereite Bundesrepublik setzte
sich dem Verdacht des Neutralismus aus. Vor diesem Hintergrund ist die Sta-
tionierung 1983 zu Recht nicht nur als eine Demonstration westlicher
Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit gewertet worden. Unter dem über-
zogenen Stichwort „Pershing gegen Rapallo“ erfüllte die Stationierung unter

7 Der Bericht der „Kommission für integrierte Langzeitstrategie 2“ unter dem Titel „Discriminate Deterrence“ (abgestufte Abschreckung) erschien im Januar 1988. Mitglieder der Kommission waren neben führenden Militärs u. a. Henry Kissinger, Zbigniew Brzezinski, Fred Ikle und Albert Wohlstetter, auszugsweise dokumen-
tiert in: Frankfurter Rundschau vom 3. und 4. März 1988. Ferner die Kritik von Michael Howard, Karl Kaiser, Francois de Rose, „Differenzierende Abschreckung“ in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. 2. 1988, S. 6, die die „Vorwärtsdislozierung in Europa von konventionellen und nuklearen Streitkräften“ loben, aber die Zurückweisung der taktischen Nuklearwaffen als Leiter der Eskalation im Sinne der flexiblen Antwort kriti-
sieren.

8 Der Publizist Peter Bender sah darin eine historische Zäsur im Ost-West-Konflikt. Vgl. sein weitsichtiges Buch
„Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas“, Berlin 1981.

einer dezidiert die Bündnistreue beschwörenden Regierung Kohl/Genscher die Funktion einer zweiten Westintegration.

Zunächst hatte es noch den Anschein, als wenn die deutsch-amerikanischen Differenzen überwunden wären. Die neue Bonner Regierung hielt zwar an der „realistischen Entspannungspolitik“ der Vorgängerin formell fest, betrieb aber keine eigenständige Ostpolitik, auch wenn Außenminister Hans-Dietrich Genscher eine zweite Ost- und Entspannungspolitik forderte. Daß der Konflikt über Art und Ausmaß der Entspannung nicht beigelegt ist, wurde im Frühjahr dieses Jahres deutlich. Hans-Dietrich Genschers offensiv angelegte Entspannungspolitik steht sozialdemokratischen Vorstellungen nicht fern, sie setzte ihn aber in der amerikanischen Öffentlichkeit dem Verdacht nationaler Alleingänge, der „Gorbimanie“ aus, und der „Genscherismus“ ist dort kein positiv besetzter Begriff. Die Kontroverse über die LANCE-Stationierung zeigt ebenfalls den wieder aufbrechenden politischen Konflikt. Sie zeigt aber vor allem eine Identitätskrise der NATO. Helmut Schmidt forderte vor dem Hintergrund der transatlantischen Differenzen schon vor dem Amtsantritt Michail Gorbatschow eine den veränderten internationalen Konstellationen angemessene politische Gesamtstrategie für den Westen. Sie fehlt bis heute.

In Ermangelung einer politischen Gesamtstrategie, die angesichts der Veränderungen in Osteuropa noch wichtiger wird und unter der Hand die Frage nach dem künftigen Zweck der NATO beantworten muß, zog sich die NATO auf ihre militärische Sicherheitsfunktion zurück. Aber je mehr das Bedrohungsgefühl im Westen schwindet, desto geringer wird die Integrationskraft des Bündnisses, wenn es seine Identität primär in der Verteidigungsfunktion sieht. Schließlich gilt allen Wertegemeinschaftsbeteuerungen zum Trotz auch für die NATO die alte Grundregel aller Allianzen: Ohne Feind keine Allianz! Die NATO ist somit ein Bündnis auf der Suche nach seinem Zweck, aber es ist fraglich, ob der Vorrat an gemeinsamen politischen Zielen ausreicht, um zu einer einheitlichen Strategie zu gelangen, wenn die Notwendigkeit der militärischen Integration an Kraft verliert und sich die divergierenden nationalen Interessen freier artikulieren können.

Die Zielkonflikte Bonner Politik

Das Problem der NATO findet sein Gegenstück in der Bonner Regierungskoalition. Anders als der Außenminister begegnen vor allem die konservativen Politiker der Union den Veränderungen in Osteuropa mit großer Skepsis und Unsicherheit. Die Freude über den Zusammenbruch des Systems ist die eine Seite, die außenpolitischen Folgen sind die andere. Die Angst vor einer Denuklearisierung hat jenseits militärischer Erwägungen zwei Gründe. Nach Interpretation der Konservativen verfolgt die UdSSR vor allem das Ziel, einen Keil in die NATO zu treiben und die Westeuropäer von den Amerikanern zu entfremden. Die SS-20 war für sie ein „Geschoß, das die NATO spalten sollte“. Da dieses Unternehmen gescheitert ist, versucht die UdSSR nun mit anderen Mitteln das gleiche Ziel zu erreichen. Statt einer aggressiven Aufrüstung setzt

sie jetzt auf eine Denuklearisierung und zerschneidet damit die verteidigungs-politische Nahtstelle des deutsch-amerikanischen Schulterschlusses. Da zudem von den Konservativen die innere Ordnung der Bundesrepublik untrennbar mit der außenpolitischen Verankerung im Westen verbunden wird, was Bundeskanzler Helmut Kohl dazu veranlaßte, die NATO-Mitgliedschaft zur „deutschen Staatsräson“ zu erklären, erscheinen die amerikanischen Nuklearwaffen als militärische Ankoppelungswaffen und als Garanten eines „Friedens in Freiheit“. Diese Sichtweise enthält geradezu paradoxe Züge, wenn man bedenkt, daß den Nuklearwaffen auch noch eine andere politische Funktion zukommt, die mit einem stets propagierten Ziel im Widerspruch stehen. Theo Sommer hat mit Blick auf die Diskussion über die LANCE-Stationierung provokativ festgestellt, das Beharren der Amerikaner und Briten auf einer Stationierung „sei politisch nichts anderes als der Versuch, unter militärischem Vorwand die Teilung Deutschlands mit einem neuen Raketenzaun zu befestigen“.⁹

Wenn amerikanische Präsidenten den Abbau der Berliner Mauer fordern, dann meinen sie damit eben nicht den Einstieg in ein neues Gesamtdeutschland. Solche Illusionen könnte man auf sich beruhen lassen, wenn mit der dauernden Propagierung der „offenen deutschen Frage“ nicht ein weiteres Ziel gefährdet würde, das ebenfalls anvisiert wird: die Überwindung der Teilung Europas. Bei realistischer Einschätzung der Sicherheitsinteressen der anderen europäischen Staaten ist es unvorstellbar, daß eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung mit einer deutschen Wiedervereinigung einhergeht. Hier reproduzieren sich bei einem gewichtigen Flügel der größten Regierungspartei sämtliche alten Probleme westdeutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Westeuropäische Integration mit dem Ziel der Überwindung des Nationalstaates, die Wiedervereinigung Deutschlands, die Mitgliedschaft in der NATO als Garant äußerer und innerer Sicherheit und eine europäische Friedensordnung sind Ziele, die nicht konfliktlos nebeneinander verfolgt werden können. Solange die Bundesregierung nicht eindeutige Prioritäten setzt, wird sie weder ein politisches Konzept entwickeln können noch das Mißtrauen über die wahren Ziele der Bundesrepublik beseitigen können.

Die Forderung nach einer Überwindung der Teilung Europas ist so alt wie Europas Spaltung in zwei Blöcke. Aber sie war bislang immer eine Utopie. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte ist es eine realistische Perspektive. Dieses Ziel zu verfolgen, sollte die oberste Leitlinie westdeutscher Außen- und Sicherheitspolitik sein. Dazu gehört Mut und Konfliktfähigkeit. Es wäre angesichts der sich jährenden traurigen Jubiläen des Ausbruchs des Ersten und Zweiten Weltkrieges auch die richtige Lehre aus der deutschen Geschichte.

⁹ Theo Sommer, Auf dem Bollwerk in die Zukunft, in: Die Zeit, Nr. 23 v. 2. 6.1989, S. 1.